

Stadt Ronnenberg

Die Bürgermeisterin



Team "Büro der Bürgermeisterin"

► **RR/870/2020**

Ronnenberg, 7. September 2020

Ratsrundschriften

öffentlich

Kalihalde: Resolution der Stadt Ronnenberg und der Region Hannover

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Anlage erhalten Sie die nachstehenden Resolutionen zur Kalihalde Ronnenberg:

- Resolution des Rates der Stadt Ronnenberg vom 12.12.2018 und
- Resolution der Regionsversammlung der Region Hannover vom 21.05.2019

Die beiden Resolutionen wurden jeweils einstimmig beschlossen.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Stephanie Harms

Anlage(n):

Anlage 1 - Resolution des Rates der Stadt Ronnenberg vom 12.12.2018

Anlage 2 – Resolution der Regionsversammlung der Region Hannover vom 21.05.2019

Stadt Ronnenberg

Die Bürgermeisterin



Team "Büro der Bürgermeisterin"

▶ **RR/366/2018**

Ronnenberg, 13. Dezember 2018

Ratsrundschriften

öffentlich

Resolution des Rates zur Kalirückstandshalde Ronnenberg

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Anlage erhalten Sie die parteiübergreifende Resolution des Rates zur Kalirückstandshalde Ronnenberg, über die in der Sitzung des Rates der Stadt Ronnenberg am 12.12.2018 beraten wurde.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Stephanie Harms

Anlage(n):

Resolution des Rates zur Kalirückstandshalde Ronnenberg 12.12.2018

Ratsresolution zur Beschlussfassung am 12.12.2018

Keine Abdeckung und Rekultivierung der Kalirückstandshalde Ronnenberg

Der Rat der Stadt Ronnenberg spricht sich parteiübergreifend gegen die geplante Abdeckung und Rekultivierung der Kalirückstandshalde Ronnenberg aus.

Der Rat der Stadt Ronnenberg teilt die Befürchtungen, die die Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtteils Ronnenberg auf der Informationsveranstaltung am 29.11. geäußert haben.

Auf der Veranstaltung mit über 400 Einwohnerinnen und Einwohner hat sich eindrucksvoll gezeigt, dass die Ronnenberger die geplante Abdeckung der Kalihalde mit Bauschutt nicht wollen. Es haben sich in gleicher Weise sowohl direkt betroffene Anwohner/innen als auch im gesamten Stadtteil verteilt wohnende, junge und ältere Einwohnerinnen und Einwohner, Neubürger/innen, aber auch alteingesessene Ronnenberger aus unterschiedlichen Gründen ablehnend geäußert. Auch im Anschluss an die Veranstaltung und in der Zwischenzeit gab es zahlreiche weitere Rückmeldungen aus der Bevölkerung an die Ratsvertreter, in denen allesamt Unverständnis und Ablehnung des Vorhabens zum Ausdruck gebracht wurde.

Ungeachtet einer im Rahmen einer UVP möglicherweise noch gutachterlich berechneten Prognose zur Einhaltung bestehender Grenzwerte würde die Ummantelung der Kalihalde unbestritten über einen sehr langen Zeitraum erhebliche Belastungen für die Einwohnerinnen und Einwohner mit sich bringen, insbesondere bezüglich Staub, Lärm, Erschütterung und Verkehr. Alle bislang erkennbaren und zu berücksichtigenden Belange sind mit kaum oder nicht zu lösenden Problemen belastet.

Das Vorhaben, zwischen 15 und 25 Jahren Bauschutt direkt an der Siedlungsgrenze abzulagern, benötigt eine zumindest überwiegende Akzeptanz der Einwohnerinnen und Einwohner sowie der Stadtvertreter.

Diese ist nicht gegeben und es ist, falls es doch zu einem Planfeststellungsverfahren kommen sollte, mit Sicherheit auch nicht davon auszugehen, dass diese beim Rat und in der Bevölkerung erreicht werden kann. Der insgesamt schwierige Standort der Kalihalde schließt eine vertretbare und verträgliche Abdeckung der Kalihalde mit Bauschutt aus.

Der Rat fordert die Firma Menke Umwelt Service Ronnenberg GmbH Co. KG, sowie die sie unterstützende Firma E. und B. GmbH auf, ihr Vorhaben der Abdeckung und Rekultivierung der Kalirückstandshalde Ronnenbergs nicht gegen den Willen der Ronnenberger Einwohnerinnen und Einwohner, nicht gegen den Willen des gesamten Rates der Stadt Ronnenberg, nicht gegen den Willen aller im Rat vertretenen Parteien und nicht gegen die Empfehlung der Stadtverwaltung durchzusetzen. Wir fordern daher die Firma Menke auf, ihre Planungen umgehend zu stoppen und nicht weiter zu verfolgen.

Der Rat der Stadt Ronnenberg wird sich zudem dafür einsetzen, dass auch die Vertreterinnen und Vertreter der Region Hannover und des Landes dem Vorhaben keine politische Unterstützung gegen den Willen der Bevölkerung zuteil werden lassen.

► **Nr. 2218 (IV) Ant**

Hannover, 12. April 2019

Antrag

öffentlich

Gremium	geplant für Sitzung am	Beschluss		Abstimmung		
		Lt. Vor-schlag	abweichend	Ja	Nein	Enthal-tung
Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	30.04.2019					
Regionsausschuss	07.05.2019					
Regionsversammlung	21.05.2019					

Resolution - Keine Ummantelung der Kali-Rückstandshalde in Ronnenberg

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12. April 2019

Beschlussvorschlag der Fraktion/Gruppe:

Die Regionsversammlung lehnt die geplante Ummantelung der Kalirückstandshalde Ronnenberg durch die Nutzung als Bauschuttdeponie mit anschließender Erdaufschüttung zwecks Begrünung ab.

Die Regionsversammlung macht sich diesbezüglich die Sorgen der Bürgerinitiative Ronnenberg „Bauschuttdeponie – Nein Danke“ (BI) zu eigen und schließt sich deren Forderungen sowie der einstimmig beschlossenen Resolution des Rates der Stadt Ronnenberg vom 12.12.2018 an.

Die Regionsverwaltung wird aufgefordert, dieser Beschlussfassung der Regionsversammlung bei einer Beteiligung bzw. bei der Abgabe von Stellungnahmen im Rahmen eines bergrechtlichen Genehmigungs- oder Planfeststellungsverfahrens Rechnung zu tragen.

Sachverhalt:

Im Stadtteil Ronnenberg befindet sich eine Kalirückstandshalde als Überbleibsel der dort bis zum Jahre 1975 betriebenen Steinsalzförderung. Nach dem Wassereinbruch in diesem Bergwerk musste es geschlossen werden.

Die Halde sollte vollständig entfernt werden, indem die Ablagerungen zur Verfüllung des Lagers für radioaktive Abfälle zum „Schacht Asse“ abtransportiert wurden. Nach gut 10 Jahren musste diese Haldenentfernung auf Grund der Wassereintritte in der „Asse“ abgebrochen werden. Etwa ein Drittel des ursprünglichen Haldenkörpers sind daher noch am Standort Ronnenberg vorhanden.

In der Erwartung der vollständigen Haldenabtragung entstand jedoch ab Anfang der 90er Jahre in unmittelbarer Nähe der Lagerstätte ein Neubaugebiet mit Einfamilienhäusern, freistehend und in Reihe. Das Baugebiet ist vollständig bebaut.

Im Sommer 2018 wurde bekannt, dass die Fa. Menke Umwelt Service Ronnenberg & Co KG plant, die noch unter der Aufsicht des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) stehende Halde als Bauschuttdeponie zu nutzen und sie anschließend nach Ummantelung mit Erde zu begrünen. Eine Antragskonferenz zu diesem Vorhaben fand im August 2018 unter der Federführung des LBEG statt. Nach Bekanntwerden dieser Pläne gründete sich in Ronnenberg die Bürgerinitiative. Ebenso wie der Rat der Stadt Ronnenberg befürchtet die BI jahrzehntelange nachhaltige Beeinträchtigungen für die Wohnquartiere im Umfeld der Halde durch einen Betrieb als Bauschuttdeponie.

Nach allen bislang bekannt gewordenen Informationen bedeutet dies, dass

- voraussichtlich mindestens 20 Jahre lang werktäglich im Schnitt 25 -30 Lastkraftwagen (50 -60 An-und Abfahrten) von und zur Halde stattfinden würden
- bei der Ablagerung des Bauschutts Planiertrauben und Kompaktoren auf dem Haldengipfel zum Einsatz kommen und zu hören sein werden
- trotz vorgesehener Befeuchtung der abzulagernden Stoffe mit Staubverwehungen zu rechnen sein wird
- die Schadstofffreiheit des abzulagernden Bauschutts vermutlich nicht garantiert werden kann
- Erschütterungen durch Lkw-Betrieb und Kompaktoren zu erwarten sind
- bei der geplanten Aufschüttung der Halde um bis zu 20 m auch Verschattungen der Nachbarbereiche zu erwarten sind
- eine spürbare Wertminderung der Wohngrundstücke mindestens während der Zeit einer Realisierung des Vorhabens zu erwarten ist.

Auch wenn in den Planungen der Fa. Menke darauf verwiesen wird, dass mit dem Vorhaben zukünftig eine Umweltverbesserung erreicht werden soll (Verringerung der Salzauswaschungen und der Staubverwehungen vom Haldenkörper), bleibt festzuhalten, dass es sich hierbei um eine mit Gewinnerzielungsabsicht betriebene Unternehmung handelt, zu deren Realisierung mehrere hundert Wohnhaushalte, drei Kindertageseinrichtungen der Stadt Ronnenberg sowie das Gemeinschaftshaus der Stadt in einem Radius von wenigen hundert Metern über vermutlich mehr als 20 Jahre erhebliche Beeinträchtigungen ihrer Wohn- und Lebensqualität durch Lärm, Staub, Verschattung und evtl. Schadstoffe im Staub bzw. Sickerwasser ertragen müssten.

Die Einwohner, die vor gut 20 Jahren in das Baugebiet zogen mit der Aussicht auf die vollständige Entfernung der Halde, müssen nun befürchten, dass der Berg wieder aufgeschüttet wird und sie die Beeinträchtigungen daraus jahrelang ertragen müssen. Bei Abwägung der wechselseitigen Interessen ist dies den Einwohnerinnen und Einwohnern nicht zuzumuten, so dass das Projekt Bauschuttdeponie nicht realisiert werden darf.

Finanz. . / personelle Auswirkungen:

Aus der Drucksache ergeben sich finanzwirtschaftliche Auswirkungen (Erträge, Aufwendungen, Investitionskosten) unmittelbar auf den Haushalt der Region Hannover:			
Ja:		Nein:	
Produktnummer:		Investitionsnummer:	

Aus der Drucksache ergeben sich dauerhafte Auswirkungen auf Personal- und Sachaufwendungen im Haushalt der Region Hannover: (Dauerhafte Auswirkungen sind personelle Verstetigungen ab einem Jahr.)			
Ja:		Nein:	

	Aktuelles Haushaltsjahr	Aktuelles Haushaltsjahr + 1 Jahr	Aktuelles Haushaltsjahr + 2 Jahre	Aktuelles Haushaltsjahr + 3 Jahre
Ergebnishaushalt:				
Veranschlagte Erträge				
Mehr-/ Minderbetrag bei Erträgen				
Veranschlagte Aufwendungen				
Mehr-/ Minderbetrag bei Aufwendungen				
Investitionen:				
Veranschlagte Einzahlungen				
Mehr-/ Minderbetrag bei Einzahlungen				
Veranschlagte Auszahlungen				
Mehr-/ Minderbetrag bei Auszahlungen				

Anlage(n):
Resolution des Rates der Stadt Ronnenberg vom 12.12.2018

Ratsresolution vom 12.12.2018

Keine Abdeckung und Rekultivierung der Kalirückstandshalde Ronnenberg

Der Rat der Stadt Ronnenberg spricht sich parteiübergreifend gegen die geplante Abdeckung und Rekultivierung der Kalirückstandshalde Ronnenberg aus. Der Rat der Stadt Ronnenberg teilt die Befürchtungen, die die Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtteils Ronnenberg auf der Informationsveranstaltung am 29.11. geäußert haben.

Auf der Veranstaltung mit über 400 Einwohnerinnen und Einwohner hat sich eindrucksvoll gezeigt, dass die Ronnenberger die geplante Abdeckung der Kalihalde mit Bauschutt nicht wollen. Es haben sich in gleicher Weise sowohl direkt betroffene Anwohner/innen als auch im gesamten Stadtteil verteilt wohnende, junge und ältere Einwohnerinnen und Einwohner, Neubürger/innen, aber auch alteingesessene Ronnenberger aus unterschiedlichen Gründen ablehnend geäußert.

Auch im Anschluss an die Veranstaltung und in der Zwischenzeit gab es zahlreiche weitere Rückmeldungen aus der Bevölkerung an die Ratsvertreter, in denen allesamt Unverständnis und Ablehnung des Vorhabens zum Ausdruck gebracht wurde. Ungeachtet einer im Rahmen einer UVP möglicherweise noch gutachterlich berechneten Prognose zur Einhaltung bestehender Grenzwerte würde die Ummantelung der Kalihalde unbestritten über einen sehr langen Zeitraum erhebliche Belastungen für die Einwohnerinnen und Einwohner mit sich bringen, insbesondere bezüglich Staub, Lärm, Erschütterung und Verkehr. Alle bislang erkennbaren und zu berücksichtigenden Belange sind mit kaum oder nicht zu lösenden Problemen belastet.

Das Vorhaben, zwischen 15 und 25 Jahren Bauschutt direkt an der Siedlungsgrenze abzulagern, benötigt eine zumindest überwiegende Akzeptanz der Einwohnerinnen und Einwohner sowie der Stadtvertreter. Diese ist nicht gegeben und es ist, falls es doch zu einem Planfeststellungsverfahren kommen sollte, mit Sicherheit auch nicht davon auszugehen, dass diese beim Rat und in der Bevölkerung erreicht werden kann. Der insgesamt schwierige Standort der Kalihalde schließt eine vertretbare und verträgliche Abdeckung der Kalihalde mit Bauschutt aus.

Der Rat fordert die Firma Menke Umwelt Service Ronnenberg GmbH Co. KG, sowie die sie unterstützende Firma E. und B. GmbH auf, ihr Vorhaben der Abdeckung und Rekultivierung der Kalirückstandshalde Ronnenbergs nicht gegen den Willen der Ronnenberger Einwohnerinnen und Einwohner, nicht gegen den Willen des gesamten Rates der Stadt Ronnenberg, nicht gegen den Willen aller im Rat vertretenen Parteien und nicht gegen die Empfehlung der Stadtverwaltung durchzusetzen. Wir fordern daher die Firma Menke auf, ihre Planungen umgehend zu stoppen und nicht weiter zu verfolgen.

Der Rat der Stadt Ronnenberg wird sich zudem dafür einsetzen, dass auch die Vertreterinnen und Vertreter der Region Hannover und des Landes dem Vorhaben keine politische Unterstützung gegen den Willen der Bevölkerung zuteilwerden lassen.